

Abkehr vom Zentralstaat durch Dezentralisierung und Subsidiarität

Vertretung Ukraine



Dezentralisierung und die Reform des öffentlichen Dienstes öffnen den Weg für längst überfällige Reformen im demokratischen Konsolidierungsprozess der Ukraine. Auch wenn der Donbas und die Krim noch ausgenommen werden müssen, ist der eingeschlagene Weg richtig für die nachhaltige Entwicklung des Landes.

HERAUSFORDERUNGEN

Die Ukraine ist nach wie vor ein stark zentralistisch strukturierter Staat. Kommunen haben wenig Kompetenzen und kaum finanzielle Kapazitäten, um Probleme vor Ort unbürokratisch zu lösen. Das mindert nicht nur die Handlungsfähigkeit der lokalen Verwaltung, sondern erschwert auch ihre Kooperation mit der Bevölkerung. Die kommunale Infrastruktur kann nicht fachgerecht instand gehalten werden und verfällt zunehmend. Die mangelnden kommunalen Basisdienstleistungen beeinträchtigen Gesundheit, Bildung und Beschäftigungschancen der lokalen Bevölkerung und untergräbt das Vertrauen in öffentliche Institutionen. Um diese Entwicklungshemmnisse zu beseitigen wurden Ende 2015 zwei große Gesetzespakete verabschiedet: Das „Gesetz über die Dezentralisierung“ sowie das „Gesetz über den öffentlichen Dienst“. Kernanliegen sind hierbei die Neugestaltung des Öffentlichen Dienstes und die Übertragung kommunalpolitischer Befugnisse an die entsprechenden lokalen Stellen, einschließlich der fiskalischen Dezentralisierung. Hierbei findet aber von staatlicher Seite zu wenig Aufklärungsarbeit insbesondere zum komplexen Dezentralisierungsprozess statt.

Die Umsetzung bürgerorientierter Kommunalpolitik verlangt neben Rechtssicherheit und eindeutig geklärten Zuständigkeiten vor allem den konstruktiven Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Die Dialogfähigkeit und -bereitschaft sind aber sowohl seitens der staatlichen Amts- und Mandatsträger, als auch der Vertreter der Zivilgesellschaft noch ungenügend entwickelt.



Seminarteilnehmerin an der Nationalen Akademie für den öffentlichen Dienst, Kiew

LÖSUNGSANSÄTZE

Die gewaltigen Transformationsdefizite der Ukraine sind weder durch eine übermächtige Zentralregierung, noch eine Zivilgesellschaft in Fundamentalopposition zu lösen. Daher ist die Dezentralisierung eine der wichtigsten Reformen in der Ukraine, denn sie erlaubt durch dezentrale öffentliche Aufgabenwahrnehmung eine wertebasierte Kooperation zwischen staatlichem Handeln und zivilgesellschaftlichem Engagement.

Diese Bereitschaft zur Kooperation wird im Projektkontext vor allem auf der Ebene der Städte und Gemeinden gefördert. Das Projekt ist darauf ausgelegt, durch Kapazitätsentwicklung die institutionelle Leistungsfähigkeit zu steigern sowie die Kooperation öffentlicher nationaler, regionaler und lokaler Institution untereinander zu fördern, um eine

effektive und bürgerorientierte Stadt- und Regionalentwicklung zu unterstützen.

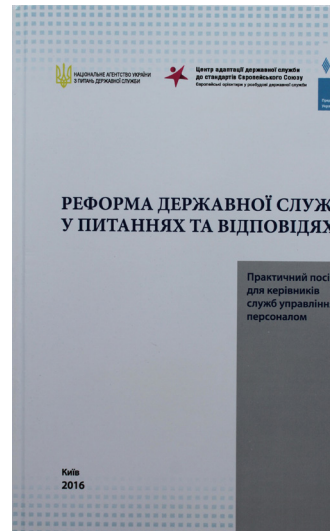
Die Projektlinie „Nachhaltige Entwicklung der Kleinstädte“ soll neben den eigentlichen Schulungsinhalten zur Kapazitätsförderung und Kompetenzentwicklung der TeilnehmerInnen auch Plattformen zur Begegnung und Kooperation zwischen der lokalen Verwaltung und Initiativen aus der Bürgerschaft fördern. Die Projektlinie „Unterstützung der Zivilgesellschaft in Kleinstädten und Gemeinden“ greift diesen Ansatz auf und zeigt Möglichkeiten, lokale Entwicklungs Herausforderungen im Dialog zu bewältigen – sei es durch Eigeninitiative oder die Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu staatlichen oder internationalen Fördermöglichkeiten. Durch die Unterstützung der Aus- und Weiterbildungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes wird zusätzlich ein Beitrag zur Kompetenzentwicklung der kommunalen Verwaltung geleistet. Auf dezentraler Ebene erlaubt die Arbeit mit den lokalen Weiterbildungseinrichtungen sowohl die Kompetenzsteigerung lokaler Amts- und Mandatsträger, als auch die Förderung partizipativer Ansätze der Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Es genügt nicht, den Kommunen vor Ort einfach Zuständigkeiten, Aufgaben und Finanzen zu übertragen. Es ist vielmehr ausgesprochen wichtig, dass die Kompetenz der Kommunen, diese Aufgaben qualifiziert wahrnehmen zu können, gewährleistet wird.

Konstantin Waschtschenko, Direktor der Nationalen Agentur der Ukraine für die Belange des Staatsdienstes

WIRKUNGEN

Im Rahmen der „Nachhaltigen Entwicklung der Kleinstädte“ existiert bereits die angestrebte Plattform zur Begegnung und Kooperation zwischen der lokalen Verwaltung und Initiativen aus der Bürgerschaft. Die Projektkomponente „Formierung der Zivilgesellschaft“ greift diese Ansätze auf und vertieft sie insbesondere im Bereich kommunaler zivilgesellschaftlicher Initiativen. So konnten im Projektkontext zahlreiche kommunale Initiativen gefördert werden, wie die Projekte „Neues Leben für den alten Park“ in Solone und Gorodnja, eine Jobbörse für Jugendliche in Pokrowskje oder das Projekt „Dunkler Himmel“, das in Petrikiwka den verantwortungsvollen Umgang mit Energie und Umwelt fördert.



Buch: Reform der öffentlichen Verwaltung in Fragen und Antworten

Besondere Aufmerksamkeit kommt darüber hinaus der Implementierung und Analyse der beiden großen Gesetzesnovellen der Ukraine – Gesetz zur Dezentralisierung und Gesetz über den öffentlichen Dienst – zu. Auf zentraler Ebene erlauben die Projektpartner sowohl Zugang zu aktuellen Entwicklungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, als auch zu der methodisch-didaktischen Implementierung im öffentlichen Dienst der Ukraine. Das von der HSS geförderte Buchprojekt „Reform der öffentlichen Verwaltung in Fragen und Antworten“ ist das Erste in seiner Art. ■

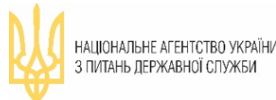
UNSERE PARTNER



Institut für Regierungsführung, Lwiw



Nationale Akademie für den Öffentlichen Dienst beim Präsidenten der Ukraine



Nationale Agentur der Ukraine für die Belange des Staatsdienstes

Weiterführende Informationen:

@ ukraine@hss.de
www.hss.de/ukraine



Mehr Factsheets
finden Sie hier.

Impressum:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstr. 33, 80636 München
Tel. 089/1258-0 | E-Mail: info@hss.de | Online: www.hss.de
Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiterin des IIZ: Dr. Susanne Luther (V.i.S.d.P.)
Leiter PRÖ / Publikationen: Hubertus Klingsbögl
Kontakt: iiz@hss.de | Stand: 10/2016